



Rat der
Europäischen Union

007599/EU XXVI.GP
Eingelangt am 11/01/18

Brüssel, den 20. Oktober 2017
(OR. en)

13016/17
ADD 1

PV/CONS 51
AGRI 533
PECHE 380

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3562.** Tagung des Rates der Europäischen Union (**Landwirtschaft und Fischerei**) vom 9. Oktober 2017 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 12657/17 PTS A 62)

1. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 [erste Lesung]..... 3
2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 im Hinblick auf die Förderung der Internetanbindung in Kommunen [erste Lesung]..... 3
3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2888/2000 und (EG) Nr. 685/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates [erste Lesung] 4
4. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige [erste Lesung]..... 4
5. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 99/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische Statistische Programm 2013-2017 im Wege der Verlängerung bis 2020 [erste Lesung]..... 4
6. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 über Europäische Risikokapitalfonds und der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum [erste Lesung]..... 5

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

B-PUNKTE (Dok. 12531/17 OJ CONS 48 AGRI 498 PECHE 354)

9. Sonstiges..... 5
Landwirtschaft
 - a) Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz zu den Maßnahmen im Anschluss an den Fipronil-Vorfall (Brüssel, 26. September 2017)

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE (Dok. 12657/17 PTS A 62)

1. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 994/2010 [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts
PE-CONS 22/17 ENER 171 IA 144 CODEC 779

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gegen die Stimme der ungarischen Delegation erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 194 AEUV).

2. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1316/2013 und (EU) Nr. 283/2014 im Hinblick auf die Förderung der Internetanbindung in Kommunen [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts
PE-CONS 28/17 TELECOM 158 FC 54 CODEC 1008

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union gegen die Stimmen der schwedischen, der spanischen und der niederländischen Delegation erlassen.

(Rechtsgrundlage: Artikel 172 AEUV).

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission

"Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission stimmen darin überein, dass die WiFi4EU-Initiative eine weitreichende Wirkung entfalten und umfassende **Skalierungsmöglichkeiten** mit sich bringen sollte. In diesem Zusammenhang stellen sie fest, dass die Kommission, sofern eine Aufstockung des Finanzrahmens für die Umsetzung der Fazilität "Connecting Europe" in der Telekommunikationsbranche um 25 000 000 EUR bis 50 000 000 EUR nicht vollständig gesichert werden kann, Mittelumschichtungen innerhalb dieses Rahmens vorschlagen könnte, damit die Gesamtfinanzierung für die Förderung der Internetanbindung in Kommunen in Höhe von 120 000 000 EUR leichter erreicht wird."

Gemeinsame Erklärung Schwedens, Spaniens und der Niederlande

"Schweden, Spanien und die Niederlande halten den Zugang zur elektronischen Kommunikation für wichtig, doch ist das Fehlen einer Folgenabschätzung der langfristigen Auswirkungen der vorgeschlagenen Verordnung auf den Wettbewerb und die Investitionsbereitschaft problematisch. Dies gilt insbesondere in Anbetracht der umfangreichen Investitionen, die notwendig sind, um die Voraussetzungen für die künftige flächendeckende Einführung von 5G in Europa zu schaffen. Schweden, Spanien und die Niederlande sind zudem der Auffassung, dass eine derartige Regulierung und Finanzierung auf Ebene der Mitgliedstaaten erfolgen sollte, und können den Vorschlag daher nicht unterstützen."

Erklärung der Tschechischen Republik

"Die Tschechische Republik befürwortet das allgemeine Ziel der Initiative WiFi4EU und fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, bei der Umsetzung der Förderung der Internetanbindung in Kommunen jegliche Überschneidungen mit anderen privaten oder öffentlichen Angeboten, die auf gewerblichen Grundlagen erstellt werden, zu vermeiden."

3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 2888/2000 und (EG) Nr. 685/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates und der Verordnung (EWG) Nr. 1101/89 des Rates [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 44/17 TRANS 308 MAR 146 CODEC 1206

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 91 AEUV).

4. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1030/2002 des Rates zur einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 30/17 MIGR 107 VISA 237 COMIX 452 CODEC 1075

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. Im Einklang mit den den Verträgen beigefügten einschlägigen Protokollen nahmen die dänische, die irische und die britische Delegation nicht an der Abstimmung teil.

(Rechtsgrundlage: Artikel 79 Absatz 2 Buchstabe a AEUV).

5. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 99/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über das Europäische Statistische Programm 2013-2017 im Wege der Verlängerung bis 2020 [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 29/17 ECOFIN 535 STATIS 33 IA 145 CODEC 1042

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union bei Stimmenthaltung der britischen Delegation erlassen. (Rechtsgrundlage: Artikel 338 Absatz 1 AEUV).

6. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 345/2013 über Europäische Risikokapitalfonds und der Verordnung (EU) Nr. 346/2013 über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum [erste Lesung]

= Annahme des Gesetzgebungsakts

PE-CONS 37/17 EF 144 ECOFIN 595 CODEC 1159

Der Rat billigte den Standpunkt des Europäischen Parlaments in erster Lesung, und der vorgeschlagene Rechtsakt wurde gemäß Artikel 294 Absatz 4 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union angenommen. (Rechtsgrundlage: Artikel 114 AEUV).

NICHT DIE GESETZGEBUNG BETREFFENDE TÄTIGKEITEN

B-PUNKTE (Dok. 12531/17 OJ CONS 48 AGRI 498 PECHE 354)

9. Sonstiges

Landwirtschaft

a) Schlussfolgerungen der Ministerkonferenz zu den Maßnahmen im Anschluss an den Fipronil-Vorfall

(Brüssel, 26. September 2017)

= Informationen der Kommission

(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [auf Vorschlag der Kommission])

Dok. 12678/17 AGRI 505 AGRIFIN 84 FIN 75

Der Rat nahm Kenntnis von den Informationen des Vertreters der Kommission zu den Schlussfolgerungen, die auf der Ministerkonferenz vom 26. September 2017 in Brüssel zu den Maßnahmen im Anschluss an den Fipronil-Vorfall vereinbart worden waren, sowie von den Bemerkungen mehrerer Delegationen.